

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veränderungen nehmen die Postämter und die Anzeigenstellen der Postämter entgegen. - Erscheint wöchentlich. Fernsprech - Anschluss Nr. 22.

Veränderungen nehmen die Postämter entgegen. - Erscheint wöchentlich. Fernsprech - Anschluss Nr. 22.

Entgelt: 10 Pfennig pro Zeile. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 39

Sonntag, den 15. Februar 1925

20. Jahrgang

Das große Reinemachen.

Von Dr. Ritz, Bl. d. W.

Ein überaus schmerzliches Bild entrollt sich jetzt mit den sogenannten Finanzskandalen vor den Augen des deutschen Volkes und der Welt, und es ist nur ein magerer Trost, daß auch andere Völker in gefährlichen Zeiten Gleiches aber sich haben ergehen lassen müssen. Es ist kein Zweifel, daß die Geltung des deutschen Namens wieder einmal auf das schwerste gefährdet erscheint, und daß zu einer Zeit, wo alles darauf ankommt, Deutschland von dem Abien Ruf zu befreien, in den es durch Vöge und Verleumdung während den Kriegsjahren gekommen ist. Daß jetzt ein großes und gründliches Reinemachen im eigenen Hause eingeleitet ist, ist nur mit Bewunderung zu begrüßen, aber bedauerlich bleibt es, daß die an sich schon übel genug wirkenden Vorbedingungen dazu herhalten müssen, unsere innerpolitische Verfassung zu vertiefen. Derartigem verhängnisvollen Treiben gegenüber gilt es ohne alle politische Voreingenommenheit, die letzten und eigentlichen Ursachen dieser Mißerscheinungen zu erkennen.

Krieg und Revolution hatten schwere Verwüstungen moralischer Art mit sich gebracht. Es konnte nicht anders sein. Wenn Millionen von Menschen jahrelang in einem Tiefsinn in der Vernichtung von Menschen und Gütern erkennen und ein Bitterleben in Schlingengärten und Etorien führen müssen, werden die Grundlagen jeder Moral erschüttert. Die Wirkungen haben wir auch im politischen Leben gesehen, im Lager der extremen Rechten, wie in dem der extremen Linken. Der Waid an Erzberger und an Rathenau, die tierischen Ausschreitungen verrotteter Häuser in Mitteldeutschland waren die bittersten Zeugen solcher Verirrung. Nach und nach trat eine Engstirnigkeit der verpesteten Atmosphäre ein, und je stärker der politische Radikalismus zurückgedrängt wird, um so gründlicher wird die Gesundung werden können.

Auch der zweite Krieg, den wir 1923 an Rhein und Ruhr verloren haben, hat in gleicher Weise moralisch verheerend gewirkt. Die charakteristische Auswirkung dieses zweiten verlorenen Krieges war die Inflation mit allen ihren Sumpfbildern. Die Inflation des Geldes hatte eine starke Inflation des wirtschaftsmoralischen Verantwortlichkeitsgefühls zwangsläufig zur Folge. Was wir jetzt an Wirtschaftskrisen erleben, sind ergebnisse, die sich aus dem Sumpfboden erwachsen. Mit dieser Feststellung ist gleichzeitig das Urteil über die Versuche gesprochen, diese Mißerscheinungen als eine Sondererscheinung gerade des republikanischen Deutschlands hinzustellen. Auch ein monarchisches Deutschland würde aus der Inflationsperiode nicht mit unversehrter Wirtschaftsmoral hervorgegangen sein. Genau so verhält es sich mit einzelnen politischen Parteien besonders belasten zu wollen. Die Sünden lasten auf allen Sünden, und den politischen Parteilidern muß man zunächst, wer unter auch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.

Und doch: die Dinge haben auch eine ungeheure politische Bedeutung, denn die wirtschaftliche Amoral erscheint in vielen Fällen ermutigt und gefördert durch politische an exponierter Stelle stehende Persönlichkeiten. Deswegen gilt es, mit eisernem Befehl hier auszuweichen. Das große Reinemachen muß rückwärtslos und gründlich geschehen. Selbstverständlich wird ein wirklich abschließendes Urteil über alle Vorgänge und Zusammenhänge erst nach Abschluß der eingeleiteten Strafprozesse möglich sein, aber unerwartet dieses Endausganges muß überall dort sofort fest zugegriffen werden, wo sich schon ohne Gerichtsbescheid eine politische oder amtliche Diskreditierung der Beteiligten ergibt. Die sozialdemokratische Partei hat sich im Falle des früheren Reichskanzler Bauer auf diesen Standpunkt gestellt und hat ihn im gleichen Augenblick fallen lassen, wo seine Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß seine Wahrheitsliebe im zweifelhaftem Lichte erscheinen ließen. Die Fälle des Berliner Polizeipräsidenten Richter und des preussischen Fraktionsvorsitzenden Beilmann waren gleichfalls sprachreif. Nicht als ob in diesen Fällen Bestenungen oder ähnliche kriminelle Tatbestände als bereits erwiesen angesehen werden müßten, sondern einfach deswegen, weil beide Männer im Verkehr mit solchen kompromittierten Persönlichkeiten, mit denen sie amtlich oder politisch in Berührung kommen, persönlich nicht die Zurückhaltung und Vorsicht geübt haben, die man von ihnen in ihrer Stellung erwarten mußte. Der Hinweis, daß auch im kaiserlichen Deutschland von amtlichen und politischen Stellen Empfindungen zweifelhafter Art vorgekommen sind, ist für das republikanische Deutschland kein Grund zu milderer Beurteilung. In der Republik darf kein geringerer Grad von Sauerheitsbedarf vorhanden sein als im alten Staat. Im Gegenteil.

Bringend ständest wäre es gewesen, daß auch das Zentrum mit gleicher Entschlossenheit und Befähigung

gehandelt hätte, wie die Sozialdemokratie im Falle Bauer gehandelt hat. Daß solche als Reichsoffizier wirtschaftliche Vorteile für Personen, die solcher unwürdig waren, zu erstehen gesucht hat, stand in dem von Straßmann und Dezer in guten Wäanden an Hofes Zuverlässigkeit unterstützten Falle objektiv fest und genügt zu entscheidendem Handeln. Die jetzt in den Vordergrund gerückte kriminelle Seite des Falles kommt dabei offen bleiben.

Es kann in diesem Zusammenhang ein Wort über die Tätigkeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse nicht unterdrückt werden. Daß Reichstag und preussischer Landtag je einen gesonderten Untersuchungsausschuß eingesetzt haben, war ihr gutes Recht und ihre Pflicht, und man kann nur hoffen, daß das Endergebnis der Ausschusstätigkeit ein besseres sein möge als das so manchem früheren parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Zu völlig unzulässigen Zuständen müßte es jedoch führen, wenn beide Ausschüsse ohne engste gegenseitige Abstimmung die gleichen Tatbestände erörtern würden. Es vergibt sich keiner von den beiden Ausschüssen etwas, wenn er das Material, das in dem einen Ausschuß zu Tage gefördert wird, für sich akzeptiert. Dazu wäre es nötig, daß die beiden Ausschüsse je einen Berichterstatter mit dem Recht der Fragestellung gegenseitig zu ihren Verhandlungen entsenden. Weiterhin ist volle Rücksichtnahme auf den Gang der schwebenden kriminellen Verhandlungen geboten. Es kann nicht Aufgabe parlamentarischer Untersuchung sein, den Justiz ihre Arbeit zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Man braucht nicht soweit zu gehen, eine Ausschreibung der parlamentarischen Untersuchung bis zur Beendigung der Strafprozesse zu verlangen, denn in beiden Verfahren wird in vieler Beziehung von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu verhandeln sein, aber es ist durchaus nicht unmöglich, daß durch Einvernehmen der Ausschußvorsitzenden mit der Strafverfolgungsbehörde die parlamentarische Untersuchung in einer den Strafverfolgungsbehörden nicht gefährdenden Weise geführt wird. Die Justiz hat ihrerseits natürlich die Pflicht, mit bester großer Beschleunigung zu arbeiten. Im Sumpfe darf man nicht länger waten, als es unbedingt nötig ist, und Sumpfhäuser müssen schnell aufgeräumt werden. Man kann dem deutschen Volke nur aufrichtig wünschen, daß es recht bald von diesen widerlichen Nachwehen der schwersten wirtschaftlichen und moralischen Krisis befreit werde, die das deutsche Volk zu überleben gehabt hat.

Justizrat Wertbauer wieder freigelassen.

Zur Festnahme.

Die Verhaftung des Justizrats Wertbauer hat in der Reichshauptstadt großes Aufsehen hervorgerufen. Man mußte zwar, daß Dr. Wertbauer der Syndikus des Autokar-Unternehmens und auch der Reichsbank Autokar ist. Aber die Nachricht von der gegen ihn persönlich schwebenden Untersuchung, die jetzt seine Verhaftung zur Folge hatte, kam völlig überraschend.

Wie sich jetzt herausstellt, hat sich die Staatsanwaltschaft schon seit Ende Januar mit den Beziehungen Wertbauers zu Autokar beschäftigt und gegen ihn Material gesammelt, das sie für so schwerwiegend hielt, daß sie zu der auffehenerregenden Verhaftung schritt. Wenn auch kein Grund zu der Annahme vorliegt, daß der Verhaftete sich der Verantwortung durch die Flucht entziehen würde, so glaubte die Staatsanwaltschaft doch zur Festnahme schreiten zu müssen, weil sie die Gefahr der Verdunkelung (Kollisionsgefahr) als vorliegend ansah. Die Staatsanwaltschaft wollte, nachdem sie in der Wohnung und im Büro Wertbauers zahlreiche Material beschlagnahmt hatte, nicht abwarten, bis Dr. Wertbauer, der sich in Dresden zur Wagnahme eines Termins vor dem Landgericht aufstellt, nach Berlin zurückgekehrt war. Staatsanwalt Caspar, der den Auftrag hatte, Wertbauer zu verhaften, fuhr bloßweg mit einem Flugzeug nach Dresden, begab sich sofort in das Hotel, in dem Wertbauer abgestiegen war, traf ihn aber nicht mehr an. Wertbauer hatte inzwischen durch seinen Sohn von der gegen ihn schwebenden Untersuchung erfahren und seinem Sohne erklärt, daß er mit dem nächsten Schnellzug nach Berlin zurückkehren würde. Der junge Wertbauer teilte der Staatsanwaltschaft dies sofort mit. Dr. Wertbauer begab sich dann auch mit dem nächsten Schnellzug nach Berlin. Dieser Zug, der sich nach 11 Uhr in Berlin einfahren sollte, hatte unterwegs einen Maschinendefekt, so daß der Zug erst nach Mitternacht auf dem Anhalter Bahnhof eintraf. Hier wurde Dr. Wertbauer von einem Beamten der Staatsanwaltschaft für verhaftet erklärt. Mit seinem Sohn, der sich ebenfalls am Bahnhof eingefunden hatte, begab sich Dr. Wertbauer in seinem eigenen Auto sofort nach dem Reichshauptstadt.

Die Haftentlassung.

Berlin, 13. Febr. Justizrat Wertbauer ist am Freitag abend gegen 8 1/2 Uhr aus der Haft entlassen, da nach Einlaß des Untersuchungsausschusses gegen ihn ein Haftbefehl nicht vorliegt.

Zu der Verhaftung des Wertbauer Reichsanwalt Engelberg

melden die Blätter, die Wertbauer gegen Engelberg seien damit begründet worden, daß er nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft von dem schließlichen Verhaftungsstand der Reichsbank Kenntnis gehabt, aber trotzdem ein Kreditgeschäft Autokars an die Preussische Staatsbank aufgesetzt habe. Engelberg hat jedoch erklärt, daß er als Jurist die Geschäftslage der Reichsbank nicht so habe durchschauen können wie ein Kaufmann, während ihn die Staatsanwaltschaft zum Vorwurf macht, daß er entseber selbst oder durch Väterrevisoren sich von der Kreditwürdigkeit der Reichsbank hätte überzeugen müssen.

Für die Kriegsbeschädigten.

Reichstagskammer vom 12. Februar.

Der Reichstag führte die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ zu Ende. Nach Schluß der Sitzung machte Reichstagspräsident Hübner von einem Weißbrotprogramm des Danziger Wolffstages anläßlich des Dortmunder Grubenunglücks Mitteilung.

Neu eingetreten in den Reichstag ist als Reichsfolger Bauer Herr Magdeburg (W.). Der deutschnationale Abg. Koch-Rüffelsdorf begrüßte den Antrag, der die Reichsregierung ersucht, bei der Reichsbahnverwaltung dafür zu wirken, daß weitere Entlassungen von Arbeitern, insbesondere im besetzten Gebiet, unterbleiben, und daß weiter abgehauene Beamte, Angestellte und Arbeiter im besetzten Gebiet in möglichst weitem Umfange wieder eingestellt werden, sowie daß die Stilllegung von Eisenbahnhauptwerkstätten unterbleibe. — Vom Regierungsteil wurde erklärt, daß man dieser Angelegenheit mit der Reichsbahnverwaltung Rücksicht genommen habe. Auch Abgeordnete anderer Parteien unterstützten die hier in Frage kommenden Forderungen.

Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ wies der sozialdemokratische Abg. Rothmann auf die Unzulänglichkeit der Versorgung der Kriegskrieger hin und wandte sich gegen die Bevorzugung ehemaliger aktiver Offiziere zugunsten anderer Pensionäre. Bei der Zustimmung der Pensionen spielten, wie es scheint, auch politische Rücksichten eine Rolle.

Diese Behauptung wurde von dem linksparteilichen Abg. Bräuninghaus energisch bestritten.

Der deutschnationale Abg. Schmidt-Vannover begrüßte es, daß durch die Entscheidung des Reichsversicherungsgerichts in der Frage der Offizierpensionen endlich eine Rechtssicherheit geschaffen worden sei. Der durch die Entscheidung der Offizierpensionen entstehende Mehraufwand sei „nicht so erheblich“, wie es von der Linken dargelegt werde. Ein Vergleich der Pensionen sozialistischer Würdenträger mit denen der Offiziere würde sehr zugunsten der Offiziere ausfallen.

Die zu den Fragen der Kriegsbeschädigtenversorgung und Offizierpensionen vorliegenden Anträge werden dem Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen zur näheren Prüfung überwiefen.

In der weiteren Debatte wurde die Vorlegung eines Hausgehilfengesetzes gefordert. Die sozialdemokratische Abg. Frau Reize erklärte, es wäre unerheblich, daß diese große Berufsgruppe der Hausangestellten immer noch kein Arbeitsrecht besitze. Die Entschädigung Koch-Rüffelsdorf, die sich gegen die Arbeiterentlassung bei der Reichsbahn und die Stilllegung von Eisenbahnhauptwerkstätten richtet, wird angenommen, womit die zweite Lesung des Etats des Reichsarbeitsministeriums erledigt ist.

Zum Schluß werden noch einige kleinere Vorträge beraten. Gegen die Vorlegung eines sozialdemokratischen Antrages auf Vorlegung eines Schankstättengesetzes wurde Widerspruch erhoben. Im Hauptausschuß beschloß das Haus Abfertigung von der Tagesordnung mit 148 gegen 131 Stimmen. Schließlich wurden Anträge Dr. Feder-Oeffen (D. Sp.) und Koller (Dm.) angenommen, wonach für die Weine des Jahrganges 1924 die Zuckermengen bis zum 31. März 1925 ausgebeht wird. Abg. Koller und Abg. Haag (Dm.) setzten sich lebhaft für die Anträge ein, da die Anträge der Dinger so groß sei, daß sie aus Mangel an Kapital den notwendigen Zucker nicht rechtzeitig einkaufen könnten. Nächste Sitzung heute Sonnabend 1 Uhr: Tagesordnung: Besoldungsfragen und Angelegenheiten des besetzten Gebietes.